

## Regiopole-Netzwerk: „Nur gemeinsam sind wir stark“

**D**er Leiter der Regiopoleregion Rostock Christian Kluck und ich haben mehrere Bundestagsabgeordnete aus verschiedenen mittelgroßen Städten in Berlin über das Thema Regiopole informiert.

Doch wofür steht eigentlich Regiopole? Der Regiopolenansatz ist geboren worden, um Lücken



im Städtesystem zu schließen und um auf die Bedeutung kleinerer Großstädte hinzuweisen. Der Status als Metropole ist mittlerweile eine feste Größe im politischen Raumordnungssystem. Aber mittelgroßen Städten wie Rostock, Kiel, Saarbrücken oder Trier werden gegenwärtig in der bundesweiten Öffentlichkeit, gemessen an ihren herausragenden Funktionen, kaum Beachtung entgegen gebracht. Dies erschwert unter anderem eine Entwicklung in kultureller, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Form. Wir haben im Grunde doch mehr zu bieten als Großstädte, weniger Kriminalität und Anonymität, kürzere Wege sowie weniger Lärmbelästigung, aber auch eine gut vernetzte Wissenschaft und Forschung und vieles mehr. Nationaler Vorreiter bei diesem Thema ist die Regiopoleregion Rostock. Seit 2006 wirken

regionale Akteure, darunter Stadt und Landkreis Rostock sowie die Industrie- und Handelskammer zu Rostock (IHK), zusammen an der Umsetzung des Netzwerks Regiopoleregion Rostock. Eines der Ziele ist es, die gemeinsame Interessenvertretung von Regiopole-Städten in Deutschland zu etablieren. Regiopolen sind Partner auf Augenhöhe und keine Konkurrenten. Deshalb sollen gemeinsame Projekte mit einer entsprechenden Akquise von Fördermitteln auf nationaler und europäischer Ebene entwickelt werden. Aber auch Erfahrungen wollen wir zwischen den Netzwerkpartnern austauschen. Erste Schritte zu einem Netzwerk sind bereits getan.

Als Regiopolist der ersten Stunde freue ich mich, dass es an diesem Thema auch im Nachgang der Veranstaltung ein sehr hohes Interesse gibt.

## Werbung für Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern

**W**ährend der vorletzten Parlamentswoche empfing ich in Berlin eine hochrangige Delegation aus Tunesien. Sie bestand aus Vorstandsmitgliedern der tunesischen Partei Nidaa Tounes. Die Partei Nidaa Tounes („Der Ruf Tunesiens“) zählt heute, nur knapp 20 Monate nach ihrer offiziellen Gründung im Juli 2012, mit zu den stärksten und bedeutendsten politischen Parteien im post-revolutionären Tunesien.

Das Land benötigt wirtschaftliche Zusammenarbeit in vielen Sektoren. Vom Tourismus über die Telekommunikationsbranchen bis hin zum Energiesektor. Vor allem auch Ausbildungskooperationen und Knowhow-Transfer sind jetzt mit und nach Tunesien geboten. Auch Städtepartnerschaften sind gewünscht. Nur so kann das Land langfristig wirtschaftliche Stabilität erreichen, die wiederum die Basis für eine gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung bildet.

Die Delegation aus Tunesien warb ihrerseits um Unterstützung für ihr im Umbruch befindliches Land. Bei der Gesprächsrunde ging es um verschiedene Themen wie Berufliche Ausbildung, wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit und Frauenrechte. Die insgesamt sechsköpfige Delegation des Vorstands der Partei besuchte drei Tage Berlin, um Gespräche mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Tunesien zu führen. Darüber hinaus nahm die Gruppe am Parteitag der CDU zur Europawahl teil. Dort konnte ich ein Gespräch der Delegation mit dem Landwirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) initiieren.



## Entwicklungshilfe-Etat gut aufgestellt



**I**m Rahmen der Haushaltsdebatte sprach ich über die effektive Verwendung und die Nachhaltigkeit der zur Verfügung gestellten Gelder für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Für die 18. Legislaturperiode sind insgesamt 2 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Mittel) vorgesehen. Davon gehen allein 1,6 Milliarden an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Als Berichterstatter für die Maghreb Staaten (Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien und Libyen) begrüße ich natürlich ganz besonders alle Maßnahmen, die getroffen werden um den Ursachen der Flüchtlingsströme zu begegnen. Nur wenn sich jungen Menschen eine berufliche Perspektive bietet, kann eine nachhaltige Stabilisation der Regionen gelingen. Eine Schlüsselstellung nehmen dabei auch die Frauen ein. Eine stabile Gesellschaft kann nur dann entstehen, wenn auch Frauen die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlangen. Entwicklungshilfe kann nur dann nachhaltig sein, wenn eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit entsteht und soziale und politische Partnerschaften unter demokratischen und menschenwürdigen Rahmenbedingungen folgen.